



### Presseschau vom 26.03.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### de.rt.com: **Metastudie weckt Zweifel an der Zuverlässigkeit von Schnelltests**

Bei etwaigen "Lockerungen" der Corona-Maßnahmen in Deutschland sollen Schnelltests die Grundlage für Öffnungen des Einzelhandels und einer Rückkehr zur Normalität bilden. Doch eine Metastudie weckt nun Zweifel an der Zuverlässigkeit von Antigen-Schnelltests. ...

<https://kurz.rt.com/2gqs>

#### de.rt.com: **Tokio will Territorialstreit um Südkurilen lösen – Moskau zeigt sich Gesprächsbereit**

Japan will den langjährigen Inselstreit mit Russland aufgrund einer sowjetisch-japanischen Deklaration aus dem Jahr 1956 lösen. Im Mittelpunkt der Differenzen stehen die Südkurilen, die Tokio für sich beansprucht. Moskau zeigt sich offen für die Fortsetzung des Dialogs. ...

<https://kurz.rt.com/2gpx>

#### Natalia Pawlowa: **Lockdown nach Algorithmus berechnen**

Die Universität „Higher School of Economics“ HSE Moskau hat einen Algorithmus für den Quarantäneschweregrad während der Pandemie berechnet. Die Gleichung zeigt, welche Prävalenzrate der Krankheit als akzeptabel angesehen wird und wie streng die Maßnahmen sein müssen, um sie auf diesem Niveau zu halten. ...

<https://snanews.de/20210326/lockdown-algorithmus-anwenden-1460952.html>

**abends/nachts:**

snanews.de: **Stoltenberg: Russland glaubt nicht mehr an Zusammenarbeit mit Nato**

Die Zusammenarbeit der Nato mit Russland ist laut dem Generalsekretär der Allianz, Jens Stoltenberg, beendet, weil Moskau angeblich an die Idee einer solchen Zusammenarbeit nicht mehr glaubt.

„Nach dem Ende des Kalten Krieges haben wir nicht nur neue (Nato)-Mitglieder in Ost- und Mitteleuropa aufgenommen: Polen, die baltischen Länder, Ungarn, Rumänien, Bulgarien. Wir haben nach und nach eine immer engere Zusammenarbeit mit Russland aufgebaut. Ich war bei vielen Nato-Gipfeln, an denen Präsident Wladimir Putin und Ministerpräsident Dmitri Medwedew teilnahmen. Es war Russland, das aufgehört hat, an die Idee der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Vertrauens zu glauben“, sagte Stoltenberg bei einem Treffen mit Studenten der Universität des Südens Florida (USF) zum Thema „Die Zukunft der Nato“, das per Videoschleife stattfand.

Er fügte hinzu, dass die Idee, dass sich die Nato „aggressiv nach Osten erweitert und Russland bedroht“, falsch sei. „Das ist eine gefährliche Idee, und sie ist absolut falsch. Wir respektieren die freie und unabhängige Wahl souveräner Staaten. Dies ist das souveräne Recht eines jeden Staates, seinen eigenen Weg zu wählen ... Es ist nicht die Nato, die sich aggressiv nach Osten ausdehnt, sondern die Länder aus dem Osten (Europas) haben durch demokratische Prozesse beschlossen, der Nato beizutreten“, erklärte Stoltenberg.

Die westlichen Länder haben wiederholt erklärt, Russland als eine Bedrohung anzusehen. Zuvor hatte der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, Russland als einen „gefährlichen Nachbarn“ bezeichnet.

Anfang März hatte US-Außenminister Antony Blinken in seiner außenpolitischen Programmrede Russland als eines der „gefährdenden“ Länder eingestuft.

Moskau hatte seinerseits mehrmals betont, gute Beziehungen zu allen Partnern anzustreben. Allerdings könne Russland alleine dieses Ziel nicht erreichen, hieß es.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/02/10/927156\\_0:144:3127:1903\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_3498b83701d8c850dbb4bd6b8cd2a7d7.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/02/10/927156_0:144:3127:1903_1440x0_80_0_0_3498b83701d8c850dbb4bd6b8cd2a7d7.jpg)

denis-pushilin.ru: **Interview des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin mit dem Portal „Politnavigator“**

*- Sie waren bei den Feiern aus Anlass des 7. Jahrestags des Referendums auf der Krim. In Simferopol wurden Freiwillige ausgezeichnet, die an der Verteidigung von Slawjansk und Kramatorsk beteiligt waren. Es ist bekannt, dass das Oberhaupt der Krim Sergej Axjonow 2014 der Miliz Hilfe leistete. Was sagen jetzt, unter Bedingungen erschreckender Nachrichten von der Front, die an jenen Ereignissen Beteiligten? Kann der Donbass auf Hilfe zählen? Und*

*wird sie rechtzeitig kommen – denn in den Medien mussten man schon mehrfach die Auffassung lesen, dass die „erste Verteidigungslinie der LDVR Todeskandidaten sind, die kaum so lange überleben werden, bis Hilfe kommt“?*

- Sie haben recht, durch die Freude des Feiertags zum Jahrestag des Referendums auf der Krim war von Freunden und Patrioten des Donbass Beunruhigung über die Verschärfung bei uns an der Kontaktlinie zu spüren. Weil ich Medaillen „Für Kühnheit“ gerade Verteidigern der Republik der Jahre 2014-20 15 überreichte, erhielt ich natürlich die Versicherung, dass sie bereit sind, die Reihen der Soldaten unserer Volksmiliz aufzufüllen. So bin ich überzeugt: Im Falle der Notwendigkeit werden Freiwillige aus Russland nicht zögern zu kommen.

Was den zweiten Teil der Frage betrifft, über die angeblichen Todeskandidaten an der ersten Verteidigungslinie. Ich bin selbst an der Front und sehe wie sie ausgerüstet, mit Waffen versorgt ist, welchen Kampfgeist die Soldaten haben. Glauben Sie mir, dieser ist weit von irgendwelchen Zweifeln entfernt, dass wir auch nur ein kurzfristiges Übergewicht des Gegners zulassen werden. Unsere Armee – das sind nicht nur Soldaten in den Schützengräben, glauben Sie mir, das ukrainische Kommando sollte besser nachdenken, ehe es zum Angriff übergeht. ...

- *Warum war nur die Führung der DVR auf der Krim, ohne die LVR?*

- Trotz der Ähnlichkeit der äußeren Herausforderungen und der inneren Aufgaben der brüderlichen DVR und LVR sind die täglichen Arbeitsprobleme unterschiedlich dringend. Ich habe es selbst nur mit Mühe geschafft, mich für ein paar Tage loszureißen, weil es im Rahmen aller Festlichkeiten verschiedene wichtige Treffen gibt, von denen ich eine Reihe seit langem geplant hatte. Im letzten Jahr konnte ich auch nicht fahren. So hängen solche Besuche von sehr vielen Umständen ab.

- *Wurden irgendwelche gemeinsamen Projekte in der Wirtschaft und anderen Bereichen erörtert, die der Donbass und die Krim/Sewastopol umsetzen werden?*

- Natürlich. Wegen der Sanktionen gegen die Krim können wir mit deren Unternehmen am einfachsten zusammenarbeiten. Dennoch erlauben Sie mir keine Einzelheiten bekannt zu geben, um nicht noch Probleme zu den ohnehin schwierigen Bedingungen der Zusammenarbeit hinzuzufügen.

- *Russische Medien haben kürzlich eine erschreckende Statistik veröffentlicht – Sewastopol ist auf dem ersten Platz bezüglich der Zunahme der Kriminalität. Die örtliche Presse bringt das mit dem großen Zustrom von Übersiedlern aus dem Donbass in Zusammenhang. Haben Sie darüber gesprochen? Wie können diese Menschen in die Heimat zurückkommen oder ist das bis zu einer zuverlässigen Beendigung des Kriegs unmöglich?*

- Für mich ist die Geschichte äußerst zweifelhaft, denn in der DVR ist die Kriminalität in Bezug auf alle Kennziffern erheblich geringer als in jeder russischen Region.

Was die aus der Republik ausgesiedelten Menschen betrifft – viele von ihnen kehren schon zurück. Auf den Straßen gibt es in der Rushhour Staus, was bisher für uns kein Grund für Ärger, sondern umgekehrt für Freude ist. Zu einer Massenerscheinung wird der Prozess werden, wenn ein dauerhafter Frieden errichtet werden wird und ein Wirtschaftswachstum beginnt, wenn es mehr Arbeitsplätze gibt. Das wird auf jeden Fall geschehen. Und dann werden die heimatlichen Wände ein weiteres gewichtiges Argument für die Rückkehr ihrer Besitzer sein.

snanews.de: **Biden: 2022 keine US-Truppen in Afghanistan mehr**

US-Präsident Joe Biden hält es nach eigener Aussage für schwierig, die US-Truppen bis zum 1. Mai dieses Jahres aus Afghanistan abzuziehen.

„Es wird schwierig, die Frist zum 1. Mai einzuhalten. Aus taktischen Gründen wird es schwierig, die Truppen abzuziehen“, sagte Biden am Donnerstag im Weißen Haus in seiner ersten formellen Pressekonferenz seit seinem Amtsantritt. Der Abzug müsse „sicher und geordnet“ stattfinden. Die USA berieten sich deswegen mit ihren Verbündeten.

Der US-Präsident rechnet jedoch nicht damit, dass im Jahr 2022 noch US-Truppen in Afghanistan stationiert sind. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass das der Fall ist“, betonte Biden.

„Wir werden gehen. Die Frage ist, wann wir gehen“, sagte er.

„Es ist nicht meine Absicht, dort für eine lange Zeit zu bleiben.“

In der vergangenen Woche hatte Biden bereits kritisiert, dass das von der Regierung seines Vorgängers Donald Trump geschlossene Abkommen mit den Taliban nicht sehr „solide“ ausgehandelt worden sei.

Die Gewalt in Afghanistan geht trotz des Abkommens zwischen den Taliban und den USA vom Februar 2020 weiter. Die Regierung des Ex-Präsidenten Donald Trump hatte den Taliban den Abzug der US-Truppen aus Afghanistan bis Ende April 2021 in Aussicht gestellt. Im Gegenzug sollen die Taliban nach fast zwei Jahrzehnten Krieg Friedensgespräche mit der afghanischen Regierung aufnehmen. Im Januar dieses Jahres kündigte die neue US-Regierung an, überprüfen zu wollen, ob die Taliban ihre Verpflichtungen aus dem Abkommen erfüllen.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/1b/1065933\\_0:47:3073:1776\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_2ef7d71dcbe92ad6345a834bac40eb8b.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/1b/1065933_0:47:3073:1776_1440x0_80_0_0_2ef7d71dcbe92ad6345a834bac40eb8b.jpg)

**vormittags:**

**de.rt.com: Ungarn: Russland ist keine Sicherheitsbedrohung**

Während das NATO-Militärbündnis in offiziellen Verlautbarungen gegenüber Russland einen zunehmend aggressiven und alarmistischen Ton anschlägt, erklärt Budapest, dass Moskau keine Bedrohung für Ungarn darstelle. Ein zivilisierter Ost-West-Dialog sei wichtig.

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó hat am Mittwoch erklärt, dass sein Land Russland nicht als eine direkte Sicherheitsbedrohung betrachte. Szijjártó sprach auf einer Pressekonferenz nach einer zweitägigen Sitzung der Außenminister der NATO-Staaten, wie die englischsprachige Zeitung Budapest Times berichtete.

Er fügte hinzu, dass Budapest es versteht und respektiert, wenn andere NATO-Mitgliedsstaaten eine andere Einschätzung zu der Frage haben.

Der Minister äußerte seine Hoffnung, dass die Kommunikationskanäle zu Russland weiterhin offenbleiben für wichtige Fragen und dass der Konflikt zwischen Ost und West in der nächsten Zeit abnimmt.

"Wir Zentraleuropäer haben ein Interesse an einem zivilisierten und besonnenen Ost-West-Dialog, basierend auf gegenseitigem Respekt."

Szijjártó verhalte sich als engagiertes NATO-Mitglied gegenüber seinen Alliierten stets loyal. Sein Land habe seinen Beitrag geleistet zur Stärkung der östlichen Flanke des Militärbündnisses. Budapest werde weiterhin den baltischen Staaten dabei helfen, ihre

"Sicherheit und ihr Sicherheitsempfinden" zu stärken.

Ungarn erwarte von seinen Alliierten, dass sie ungarischen Bedenken folgen, wenn die Rechte der ethnischen Minderheit der Ungarn in der Ukraine "systematisch und grob verletzt" werden. Ungarn werde immer für die Rechte von ethnischen Ungarn eintreten.

Sein Land könne nicht akzeptieren, dass Fragen von ethnischen Minderheiten eine rein bilaterale Angelegenheit seien. Die Verpflichtung, nationale Minderheiten zu achten, sei ein wichtiger Bestandteil vom Völkerrecht und von mehreren NATO-Dokumenten.

Ungarn könne auch den Verweis auf die angebliche russische Präsenz in der Ukraine als Ausrede für die Verletzung der Rechte der ungarischen Minderheit in der Ukraine akzeptieren.

Die transkarpatischen Ungarn seien nicht für den Konflikt in der Ostukraine verantwortlich.

Budapest erwarte von seinen Alliierten, dass sie gegenüber der Ukraine klar ihre Verpflichtung betonen, auch in Bezug auf den Respekt für die Rechte nationaler

Minderheiten. Das müsse eine Voraussetzung für eine engere Zusammenarbeit mit der NATO sein.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.03/article/605caf5e48fbef20e066abde.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 25. März 2021 wurden **zwei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

21:00 Uhr Solotoje-4 – **Solotoje-5**: Antipanzergrenatwerfer (7 Schüsse), automatische Granatwerfer (10 Granaten), Schusswaffen;

23:10 Uhr Solotoje-4 – Solotoje-5: Antipanzergrenatwerfer (7 Schüsse), automatische Granatwerfer (10 Granaten);

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: „**Hierfür brauchen wir mehr Zeit**“: **Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr bis Ende Januar 2022 verlängert**

Der Bundestag hat am Donnerstag der Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an dem Nato-geführten Einsatz „Resolute Support“ in Afghanistan zugestimmt.

Für die Fortführung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr stimmten 432 Abgeordnete, 176 votierten dagegen, 21 enthielten sich. Das Mandat gilt zunächst bis zum 31. Januar 2022.

Wie bisher sollen bis zu 1300 Soldaten im Rahmen der Nato-Ausbildungs-, Beratungs- und Unterstützungsmission „Resolute Support“ entsendet werden können, heißt es auf der Webseite des Deutschen Bundestages.

„Ausbildung, Beratung und Unterstützung durch die deutschen Kräfte finden in Kabul, Bagram, Masar-e Scharif und Kunduz, darüber hinaus weiterhin in Einzelfällen und zeitlich

begrenzt auch im übrigen Operationsgebiet in Afghanistan statt.“

Die Kosten der Mandatsverlängerung werden sich laut Einschätzung der Bundesregierung für den Zeitraum vom 1. April 2021 bis zum 31. Januar 2022 voraussichtlich auf insgesamt etwa 382 Millionen Euro belaufen.

„Wir brauchen diese Flexibilität. Denn: Wir wollen im Bündnis unser militärisches Engagement in Afghanistan gemeinsam beenden, aber wir wollen das verantwortungsvoll tun. Hierfür brauchen wir mehr Zeit“, twitterte der deutsche Außenminister Heiko Maas dazu. Kurz zuvor hatte der amerikanische Staatschef Joe Biden erklärt, es werde schwer, die Frist einzuhalten. Allerdings könne er sich nicht vorstellen, dass 2022 noch US-Truppen in Afghanistan stehen werden.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/1a/1455109\\_0:0:1000:563\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_ba84e627d4cd8a0d095bcfb0d65a676c.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/1a/1455109_0:0:1000:563_1440x0_80_0_0_ba84e627d4cd8a0d095bcfb0d65a676c.jpg)

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 25. März 3:00 Uhr bis 26. März 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 4 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

### **snaneews.de: China verhängt Sanktionen gegen Großbritannien wegen „Lügen“ über Uiguren-Provinz**

China hat am Freitag Sanktionen gegen britische Organisationen und einzelne Personen eingeführt – wegen angeblicher „Lügen und Desinformation“ über die Lage in der Provinz Xinjiang, meldet Reuters.

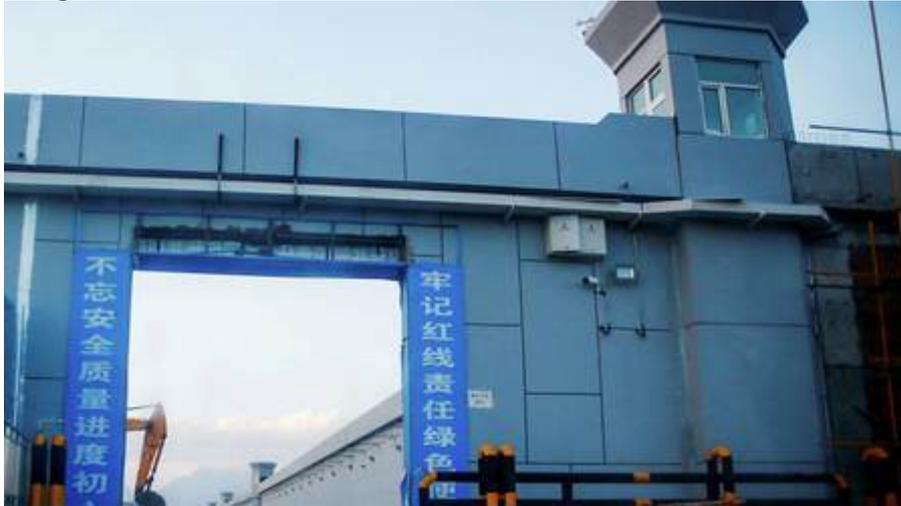
Betroffen sind vier Organisationen und neun Personen, die nach einer Erklärung des chinesischen Außenministeriums „böswillig Lügen und Desinformation verbreitet haben“. Darunter ist die Menschenrechtskommission der Conservative Party.

Den betroffenen Personen sowie ihren Familienmitgliedern werde die Einreise nach China verwehrt. Chinesische Bürger und Unternehmen dürften mit ihnen keine Geschäfte machen. „China ist fest entschlossen, seine nationalen Souveränitäts-, Sicherheits- und Entwicklungsinteressen zu wahren, und warnt die britische Seite, nicht weiter den falschen Weg zu gehen“, hieß es im Außenministerium.

Eine der Personen, die auf die Sanktionsliste gesetzt wurden, reagierte unbeirrt auf Twitter: „Es ist unsere Pflicht, die Menschenrechtsverletzungen der chinesischen Regierung in Hongkong und den Völkermord an den Uiguren zu melden. Diejenigen von uns, die unter

Rechtsstaatlichkeit ein freies Leben führen, müssen für diejenigen sprechen, die keine Stimme haben. Wenn das die Wut Chinas auf mich herabbringt, werde ich dieses Ehrenabzeichen tragen”, schrieb der konservative Politiker Iain Duncan Smith.

Früher hatten die EU, USA, Großbritannien und Kanada Sanktionen gegen Peking wegen angeblichen Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang verhängt, wo Chinas muslimische Minderheit – die Uiguren – lebt. Dem Land wird vorgeworfen, mindestens eine Million Muslime in Lagern in der westchinesischen Region von Xinjiang inhaftiert zu haben und mit Folter, Zwangsarbeit und Sterilisationen gegen sie vorzugehen. Peking bestreitet die Vorwürfe und sagt, dass die Lager eine Berufsausbildung bieten und zur Bekämpfung von Extremismus nötig sind.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/1a/1453841\\_0:177:3073:1905\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_b981287ea5a48e93ab387d6e2f4840d4.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/1a/1453841_0:177:3073:1905_1440x0_80_0_0_b981287ea5a48e93ab387d6e2f4840d4.jpg)

Lug-info.com: In der LVR sind am 26. März um 9:00 Uhr 3581 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 2975 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 314 Todesfälle.

snanews.de: **Nach jüngsten Tests: Nordkorea meldet Fortschritte bei Raketentechnologie**

Nach dem Test von Kurzstreckenraketen am vergangenen Donnerstag spricht Nordkorea nun von technischen Fortschritten bei der Raketentechnologie. Bei dem Test sei der „neue Typ eines taktischen, gesteuerten Projektils“ erfolgreich zum Einsatz gekommen. Darüber berichten nordkoreanische Medien am Freitag.

Die Entwicklung der Waffe sei „von großer Bedeutung für den Ausbau der Militärmacht des Landes und die Abschreckung gegen alle Arten militärischer Bedrohungen auf der koreanischen Halbinsel“, zitiert die Deutsche Presse-Agentur das Politbüromitglied der in Nordkorea herrschenden Arbeiterpartei, Ri Pyong Chol. Der Politiker habe den Test überwacht.

Nach Angaben von Südkorea und Japan hat Pjöngjang in der vergangenen Woche zwei Raketentests durchgeführt: Am Sonntag wurden zwei Marschflugkörper in geringer Höhe auf kurze Distanz in Richtung Gelbes Meer abgefeuert; am Donnerstag wurden zwei ballistische Kurzstreckenraketen in Richtung Japanisches Meer gestartet. Es war der erste Test mit ballistischen Raketen des Landes seit einem Jahr und der zweite Start dieser Art in Nordkorea insgesamt.

Tests mit ballistischen Raketen sind Nordkorea durch UN-Resolutionen untersagt, die Tests von Marschflugkörpern sind aber nicht verboten. Ballistische Raketen können je nach Bauart

auch mit einem atomaren Sprengkopf bestückt werden. Nordkorea ist wegen seines Atomwaffenprogramms internationalen Sanktionen unterworfen. US-Präsident Joe Biden machte am Donnerstag deutlich, dass er den Atomstreit mit Nordkorea als großes Problem sieht. Die USA seien bereit, sich auf diplomatischem Weg um eine Denuklearisierung Nordkoreas zu bemühen. Zugleich kritisierte Biden den jüngsten Raketentest als Verstoß Nordkoreas gegen UN-Sanktionen. Auch Deutschland verurteilte den Raketentest. Südkorea und Japan äußerten sich besorgt.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/1a/1454088\\_0:0:3149:1771\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_7cc94a8bb7d697950529226878201602.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/1a/1454088_0:0:3149:1771_1440x0_80_0_0_7cc94a8bb7d697950529226878201602.jpg)

Mzdnr.ru: Am 25. März wurden in der DVR 324 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 74 positiv, bei 12 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 26. März um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 28.404 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5291 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 20.901 als gesund entlassen, es gibt 2212 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 83 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 23 Fälle mehr als in den vorangegangenen 24 Stunden. Davon wurden 62 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 896 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 472 mit Sauerstoffunterstützung (+18 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden durch 54 Express-Tests 19 Patienten entdeckt, die zuvor eine Coronavirusinfektion durchgemacht hatten. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 423 Patienten entdeckt, die zuvor eine Covid-19 Erkrankungen durchgemacht hatten.

### snanews.de: **Macron spricht von Weltkrieg neuer Art wegen Impfstoffen – „Sputnik V“-Hersteller reagiert**

Europa steht aus der Sicht des französischen Präsidenten Emmanuel Macron vor einem „Weltkrieg neuer Art“ wegen der Massenimpfungen. Das sagte er laut der Zeitung „Le Figaro“ auf einer Pressekonferenz nach dem Online-Gipfel der EU.

Macron glaubt, dass dies unter anderem deshalb geschehe, weil Russland und China mithilfe von Impfstoffen Einfluss auf die EU auszuüben versuchen. Darüber hinaus müsse die Europäische Union souverän sein und den Impfstoff selber produzieren. Macron versprach, dass Europa in den nächsten Monaten die Kapazitäten zur Herstellung von Impfstoffen ausbauen und der größte Produzent werden wird.

Er schlug außerdem vor, Impfstoff-Exporte zu blockieren, falls der Hersteller seine Lieferverpflichtungen innerhalb der Union nicht erfüllt. Dabei räumte er ein, dass die Konzerne Pfizer und Moderna im Gegensatz zu AstraZeneca ihren Verpflichtungen nachkommen.

Binnenmarktkommissar Thierry Breton erklärte vor kurzem, die EU habe „absolut keinen Bedarf“ an dem russischen Corona-Impfstoff „Sputnik V“, weil Brüssel bereits vier andere Impfstoffe genehmigt hätte, die für eine Herdenimmunität ausreichen würden. Zuvor hatte er jedoch gesagt, dass „Sputnik V“ ein guter Impfstoff sei, dessen Produktion in der EU aufgenommen werden soll.

„Sputnik V“ ist bisher nicht von der EU-Arzneimittelbehörde EMA zugelassen. Mehrere Länder nutzen ihn bereits oder wollen ihn auf Basis nationalen Vorgehens nutzen.

Der italienische Premierminister Mario Draghi schloss nicht aus, dass Rom noch vor der EU-Zulassung den russischen Impfstoff bestellen könnte. Dafür wird „Sputnik V“ jetzt schon in Rom getestet. Auch der Bau einer Produktionsstätte für das Vakzin sei geplant.

Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte ebenfalls, dass die EU „Sputnik V“ nutzen sollte. Sollte die EU den Impfstoff in Russland nicht bestellen, wolle Berlin dies selbst tun.

Die Hersteller des russischen Impfstoffes „Sputnik V“ haben auf die Erklärung Macrons zu einem neuen Weltkrieg geantwortet: „Lieber Emmanuel Macron, wir geben uns Mühe, damit Impfstoffe außerhalb der Politik bleiben – das ist unsere Hoffnung auf den Frieden in der ganzen Welt, nicht auf einen Krieg.“

Sie schlugen Frankreich außerdem vor, sich den zehn Ländern anzuschließen, die beschlossen haben, „Sputnik V“ bei sich zu produzieren.

„Die Herstellung von unterschiedlichen Impfstoffen ist der Weg zu einer Vakzin-Unabhängigkeit. Gemeinsam sind wir stärker!“, hieß es auf dem offiziellen Twitter-Account von „Sputnik V“.



[https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/0a/104753\\_0:159:3077:1890\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_1e190807c181bed5a716d81372e56cd3.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/0a/104753_0:159:3077:1890_1440x0_80_0_0_1e190807c181bed5a716d81372e56cd3.jpg)

**Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Die Vertretung der LVR im GZKK hat folgende Informationen über Schäden in Solotoje-5 erhalten:**

- Fensterverglasung der Roman-Salkow-Mittelschule Nr. 4, Wojkow-Straße 3;
- Wojkow-Straße 2/26 – Fensterverglasung des Hauses beschädigt;
- Potschtowaja-Straße 51 – Sommerküche beschädigt;
- Swerdlow-Straße 8a – Fensterverglasung des Hauses beschädigt;
- Turgenjew-Straße 5 – Zaun des Hauses beschädigt.

Genauere Informationen werden noch ermittelt.

**snanews.de: Nord Stream 2: Gazprom-Manager nennt Frist für die Fertigstellung**

Der Bau der Erdgaspipeline Nord Stream 2 wird nach Aussage des Gazprom-Managements noch in diesem Jahr vollendet.

„Es fehlt nur noch ganz wenig“, sagte Viktor Subkow, Vorsitzender des Verwaltungsrates des Energiekonzerns Gazprom, vor Journalisten in Berlin. Die Arbeiten an der Erdgasleitung Nord Stream 2 seien in Gang und zu 90 bis 92 Prozent abgeschlossen. Die Pipeline „wird in diesem Jahr definitiv fertiggebaut“, so der Manager.

### **USA machen Ärger**

Nord Stream 2 verläuft durch die Ostsee von Russland nach Deutschland. Ausgelegt für eine Jahreskapazität von maximal 55 Milliarden Kubikmeter Gas, soll die Leitung nicht nur Deutschland, sondern auch andere europäische Länder mit Erdgas versorgen.

Die USA sperren sich gegen das russisch-europäische Pipelineprojekt, weil sie Vorzugsbedingungen für den Absatz ihres Flüssiggases in Europa schaffen wollen. Die Arbeiten an der Pipeline mussten zeitweise eingestellt werden, nachdem Washington im Dezember 2019 strikte Sanktionen gegen die projektbeteiligten Firmen verhängt hatte. Gleichzeitig erklärt Washington, der Streit um Nord Stream 2 werde keinen Einfluss auf die amerikanisch-deutschen Beziehungen nehmen. Laut US-Außenminister Antony Blinken ist und bleibt die „gemeinsame Partnerschaft“ von der Tatsache, „dass wir uns in Bezug auf Nord Stream 2 nicht einig sind“, unberührt.

Dabei hatte die neue US-Regierung europäischen Firmen bereits mit harten Konsequenzen gedroht, sollten diese sich weiterhin am Bau von Nord Stream 2 beteiligen. Als Begründung für die Drohungen verwies Außenminister Blinken auf vermeintliche Sachzwänge:

„Es ist eine Tatsache, dass wir in den USA Gesetze haben, die von uns verlangen, Firmen mit Sanktionen zu belegen, die den Bau dieser Pipeline materiell unterstützen. Also wollte ich einfach nur sichergehen, dass unsere Partner die Sachlage in dieser Frage verstehen.“

Daraufhin erklärten die Projektpartner, darunter die Energiekonzerne Uniper und OMV, dass Nord Stream 2 als wirtschaftliches Vorhaben für die Energiesicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Europas von größter Bedeutung sei.

Der Bau der Ostsee-Pipeline ist inzwischen wiederaufgenommen worden. Ein Teilstück von unter 150 Kilometern fehlt noch – 28 Kilometer davon sind in deutschen Gewässern zu verlegen. Die Gesamtlänge der beiden Pipelinestränge beträgt gut 2400 Kilometer, also 1200 Kilometer pro Strang.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/1a/1455898\\_0:160:3073:1888\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_099e26a5ed4b064396d90351bade3d91.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/1a/1455898_0:160:3073:1888_1440x0_80_0_0_099e26a5ed4b064396d90351bade3d91.jpg)

**nachmittags:**

deu.belta.by: **Mesenzew: Belarus und Russland sollten ihre Anstrengungen weiter verstärken**

Unter den heutigen Bedingungen und angesichts jenes äußeren Drucks, der auf Belarus und

Russland ausgeübt wird, sollten die beiden Staaten ihre gemeinsamen Anstrengungen verstärken. Das sagte Dmitri Mesenzew vor Journalisten. Mesenzew schließt seine diplomatische Mission als russischer Botschafter in Belarus ab und übernimmt das Amt des Staatssekretärs des Unionsstaates Russland-Belarus.

Wie Mesenzew gegenüber der Presse aussagte, sind sich Belarus und Russland in vielen Fragen einig, etwa bei der wirtschaftlichen Integration oder bei dem Vorhaben, zahlreiche Pläne und Projekte unter der Ägide des Unionsstaates durchzuführen. Als Beispiel könnte die Entwicklung eines Fernerkundungssatelliten dienen, an dem die Spezialisten aus Belarus und Russland arbeiten.

Dmitri Mesenzew betonte, dass seit der Gründung des Unionsstaates viel getan wurde. „Aber die Zeit und der Sanktionsdruck von außen verlangen von uns, dass wir effizienter und wettbewerbsfähiger werden. Das liegt auch daran, dass die Welt im Post-COVID-Zeitalter viel härter sein wird und dass die führenden Staaten in ihrem Streben nach verlorenen Machtpositionen unsere Wünsche kaum beachten werden. Um diesem wirtschaftlichen Druck von außen entgegenzuwirken, sollte es eine Einigung im Rahmen des Unionsstaates, der EAWU und GUS geben“, zeigte er sich überzeugt.

Die russische Botschaft, das Außenministerium und alle föderalen Behörden haben sich dafür eingesetzt, dass Belarus und Russland sich voneinander nicht entfernen, sagte Ex-Botschafter. „Sie wissen, dass es zwischen Belarus und Russland viele Meinungsverschiedenheiten und Missverständnisse gab, hauptsächlich wirtschaftlicher Natur. Aber heute haben die Staaten eine andere Ebene der Zusammenarbeit erreicht und sind bereit, einander zuzuhören und aufeinander einzugehen. Es geht nicht darum, was wir heute oder morgen verkaufen wollen, Erdölprodukte oder ähnliches. Es geht nicht um Gewinne, die man in den nächsten Tagen oder Monaten erreichen soll. Heute geht es um eine tiefgreifende Strategie der Zusammenarbeit“, fügte Dmitri Mesenzew hinzu.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2021/000020\\_1616757107\\_56624\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000020_1616757107_56624_big.jpg)

**Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 20. bis 26. März 2021**

**In der letzten Woche** haben die ukrainischen Kämpfer insgesamt **17 Feuerprovokationen** unter Einsatz von 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen, unter anderem Scharfschützenwaffen, durchgeführt. Außerdem versuchten die Kämpfer **Drohnen zur Leitung des Mörserfeuers** einzusetzen.

Unter Beschuss von Seiten des Gegners befanden sich zehn Ortschaften der Republik: **Spartak, Petrowskoje, Kominternowo, Nowaja Tawrija, Sachanka, Wesjoloje, Alexandrowka**, das Gelände des **Volvo-Zentrums** in Donezk und die **Siedlungen des**

## **Bergwerks 6/7 und des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka.

Infolge von Scharfschützenbeschuss auf Alexandrowka **starb ein Zivilist**, geb. 1950.

Die Generalstaatsanwaltschaft der DVR hat ein Strafverfahren gegen den Kriegsverbrecher und Kommandeur der 28. Brigade Martschenko sowie die ihm unterstellten Soldaten wegen Durchführung eines terroristischen Akts, der bewusst den Tod eines Menschen hervorgerufen hat, eingeleitet.

Es muss angemerkt werden, dass dies der erste Todesfall eines Zivilisten seit dem 27. Juli 2020, dem Tag des Inkrafttretens der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueinstellung, ist.

Bemerkenswert ist, dass das Kommando der ukrainischen bewaffneten Formationen nicht nur ein weiteres Mal keinerlei Ermittlungen vorgelegt hat, sondern umgekehrt versuchte, die Verantwortung abzuschieben, indem es lautstark seine Nichtbeteiligung erklärt hat.

In der letzten Woche wurden **32 Stück Waffen und Militärtechnik** der Einheiten der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ entdeckt, die **in 11 Ortschaften stationiert** sind, was eine Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen ist:

Aus dem Bestand der 10. Gebirgssturmbrigade:

zwei Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet am südöstlichen Rand von Sajzewo (severnoje);

drei Schützenpanzer zwischen Wohnhäusern am nördlichen Rand von Suchaja Balka;

vier T-64-Panzer auf dem Gebiet eines Industrieobjekts in der Miroshniktschenko-Straße in Konstantinowka.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:

zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Taramtschuk.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:

vier Schützenpanzer am Rand von Beresowoje;

acht Schützenpanzer auf dem Gebiet privater Häuser in Bogdanowka;

ein Abwehrgeschütz „Strela-10“, zwei Schützenpanzerwagen und ein gepanzertes

Aufklärungs- und Spähfahrzeug auf dem Gebiet privater Häuser in Nowotroizkoje.

Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade:

ein Abwehrgeschützen SSU-23-4 „Schilka“ in einem Wohngebiet am nördlichen Rand von Tschernenko;

ein Schützenpanzerwagen zwischen Wohnhäusern in der Zentralnaja-Straße in Gnutowo;

ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet in der Universitetskaja-Straße in Talakowka;

zwei Panzertransporter in landwirtschaftlichen Gebäuden am östlichen Rand von Fjodorowka.

Trotz der Erklärungen Kiews über seine Unterstützung einer friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass stellen wir weiter **schwere Waffen der BFU in der OOS-Zone** fest.

So haben die internationalen Beobachter im Zeitraum vom 1. bis 20. März an den Eisenbahnstationen in den von den BFU kontrollierten Ortschaften 170 Stück Technik und schwere Waffen einschließlich Mehrfachraketenwerfern, Panzern sowie großkalibriger Haubitzenartillerie bemerkt.

Wir haben festgestellt, dass, um die Ankunft schwerer Waffen zu verheimlichen, aktiv Mittel der elektronischen Kriegsführung in den Gebieten der sieben Eisenbahnstationen Konstantinowka, Slawjansk, Pokrowsk, Mangusch, Bachmut, Satschatowka und Alexandrowka-Drushkowka eingesetzt werden. Ständig gehen Beschwerden von Einwohnern dieser Ortschaften wegen Unterbrechungen bei Kommunikationsmitteln und Fernsehempfang bei den Leitern der Bezirksverwaltungen ein.

Es wurde außerdem festgestellt, dass, um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 10., 36., 53., 58. und 72. Brigade der BFU zu verhindern, aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand von mobilen Gruppen des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung und einer Kompanie für elektronische Kriegsführung der 36. Brigade in den Gebieten von sechs Ortschaften – Stepanowka, Werchnetorezkoje, Wesjoloje, Lebedinskoje,

Shelannoje Perwoje und des Trennungsabschnitts „Bogdanowka“ eingesetzt werden. Im Verantwortungsbereich der 36. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Lebidskoje wurde die Aktivität einer ukrainischer Drohne des Typs Quadrocopter bemerkt, die die visuelle Kontrolle der Arbeit der Beobachter der OSZE-Mission auf deren Routen vornahm. Unsere Aufklärung bemerkt weitere Fälle der **Verminung von allgemeinen Straßen und landwirtschaftlichen Feldern** durch die ukrainische Seite, was das Leben und die Gesundheit von Zivilisten bedroht sowie die Arbeit der OSZE-Mission behindert, im Einzelnen:

auf landwirtschaftlichen Feldern 2 km südlich von Sajzwo haben Kämpfer der 20. Gebirgsschirmbrigade 310 Antipanzerminen TM-62 installiert;

Kämpfer aus der 36. Marineinfanteriebrigade haben neun Antipanzerminen an der Ausfahrt aus Pischtschewik am Rand einer Autostraße installiert sowie 23 Antipanzerminen TM-62 im Norden von Wodjanoje;

am nordöstlichen Rand von Sopino haben Pioniere des 501. Bataillons der 36. Brigade ein gemischtes Minenfeld angelegt, auf dem neben Antipanzerminen TM-62 auch vom Vertrag von Ottawa verbotene Antipersonenminen PMN-2 installiert sind;

Kämpfer der 58. Brigade haben 176 Antipanzerminen TM-62 quer über eine örtliche Straße am östlichen Rand von Opytnoje installiert. Am nordöstlichen Rand von Peski haben Untergebene des Brigadekommandeurs Kaschtschenko 100 Antipanzerminen TM-62 installiert.

Diese Informationen werden auch von Beobachtern der OSZE-Mission bestätigt.

Außerdem haben wir die Installation von 37 von der Konvention von Ottawa verbotenen Antipersonenminen PMN-2 an der Ausfahrt von Wodjanoje festgestellt, dessen Einwohner um ihr Leben fürchten und die Ortschaft in diese Richtung nicht verlassen.

Wir wenden uns ein weiteres Mal an die Vertreter der internationalen Organisationen mit der Bitte, auf die militärisch-politische Führung der Ukraine einzuwirken, um den Abzug der schweren Waffen in die Abzugsorte zu erreichen und diesen Sachverhalt zu erfassen sowie um Fälle von Verminung von an Ortschaften angrenzendem Territorium zu verhindern, die das Leben der friedlichen Bevölkerung gefährden.

**Die Zahl der nicht kampfbedingten Verluste in den ukrainischen bewaffneten Formationen wächst mit jedem Tag weiter** und die Umstände des Todes von Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte werden sorgfältig vor deren Verwandten verheimlicht.

Nach uns vorliegenden Informationen betragen die nicht kampfbedingten Verluste in den Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ im Zeitraum vom 19. bis 25. März acht Mann, davon vier Tote.

Am 19. März starb der Unterfeldwebel Grabar infolge der Detonation einer Gasflasche auf einem Zugstützpunkt der 36. Brigade im Gebiet von Wodjanoje, drei seiner Kameraden erlitten unterschiedlich schwere Brandverletzungen.

Am 20. März wurde ein Soldat des 109. Bataillons der 10. Brigade in der Folge der Eröffnung ungeordneten Feuers verletzt und starb später

Am 23. März fuhr ein Mechaniker/Fahrer des 109. Bataillons der 10. Brigade bei der Kontrolle der Gefechtsbereitschaft aufgrund Nichteinhaltung von Sicherheitsbestimmungen auf einen Kameraden.

Am 24. März wurde der Oberfeldwebel Kustikow infolge der Nichtbeachtung von Sicherheitsbestimmungen beim Besteigen eines Panzers an der Hand verletzt.

Am 25. März geriet ein Kämpfer des 3. Bataillons der 72. Brigade bei der Fahrt zwischen den Positionen auf eine eigene Minensperre.

Wir bemerken ein **Absinken des moralisch-psychischen Niveaus der Kämpfer der BFU**, die Aufgaben in der OOS-Zone ausführen.

In der 10. Gebirgsschirmbrigade ist eine Gruppe von Psychologen aus dem Stab der OOS eingetroffen, um Gespräche mit dem Personal des Verbandes aufgrund zahlreicher

Weigerungen, Aufgaben an der Kontaktlinie auszuführen, zu führen. Bei der Arbeit entdeckten die Psychologen 16 Soldaten, die nach dem Abschluss von Verträgen in den Militärkommissariaten sofort in die 10. Brigade zum Dienst geschickt worden waren. Es ist bemerkenswert, dass diese Soldaten nach der Ankunft in der OOS-Zone ohne Spezialausbildung und ohne Kampferfahrung sofort in das vorderste Gebiet zum Dienst geschickt wurden.

Außerdem ist in der 36. Marineinfanteriebrigade massenhafte Unzufriedenheit aufgrund von Gesprächen über die Verlängerung der Dienstzeiten in der OOS-Zone aufgrund der geringen Ausstattung und der großen Zahl der an der Coronavirusinfektion Erkrankten festzustellen. Die Korruption in den bewaffneten Formationen der Ukraine hat ein kritisches Niveau erreicht. Kämpfer stehlen weiter systematisch militärisches Material und verkaufen es. Bei der Arbeit einer Kommission des Stabs der OOS zur Kontrolle der Gefechtsbereitschaft in der 28. Brigade wurde ein Fehlbestand von 12 Tonnen Diesel bemerkt, außerdem wurde das Fehlen von 18 Autoakkumulatoren sowie 10 regulären Funkstationen für Kampffahrzeuge und drei amerikanischen Nachtsichtmonokularen AN/PVS-14 festgestellt. Nach der Schlussfolgerung der komplexen Kommission des Stabs der OOS sind insgesamt 62% der Technik der 28. Brigade funktionsfähig, als gefechtsbereit wurden sieben T-64-Panzer, 28 Schützenpanzer, zehn Artilleriegeschütze und acht Schützenpanzerwagen angesehen.

Dennoch hat der Brigadekommandeur Martschenko ein weiteres Mal das Problem der Verheimlichung der entdeckten Verstöße gegenüber dem übergeordneten Kommando mit der Kommission durch Übergabe eines Schmiergelds an den Vorsitzenden der Kommission gelöst.

Trotz der von der militärisch-politischen Führung der Ukraine unternommenen Maßnahmen bleibt die **OOS-Zone weiter ein Mittel für zusätzlichen Verdienst für die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte und zur Ausfuhr von Waffen in die Tiefe des Landes.**

Ein weiteres Versteck mit Munition und Sprengstoff wurde von Mitarbeitern der SBU in einem Waldstück im Gebiet von Schirokoje im Skadowskij-Bezirk der Oblast Cherson gefunden, aus dem konfisziert wurden: drei AK-74M, zwei Sprengstoffpakete, fünf RGD-5-Granaten, Zünder, mehr als 3000 Patronen verschiedenen Kalibers sowie eine Sprengeinrichtung.

Die gefundene Munition war aus der Zone der Operation der Vereinigten Kräfte ausgeführt worden. Genauere Informationen werden im Interesse der Ermittlung nicht veröffentlicht. Wir stellen zunehmende Fälle von Sabotage der Impfung mit dem indischen Präparat „Covishield“ durch das Personal der Verbände und Truppenteile der bewaffneten Formationen der Ukraine nicht nur in der OOS-Zone sondern auf dem gesamten Gebiet der Ukraine fest.

Eine weitere Ursache für die Massenverweigerungen war der Tod der Soldatin Inna Naroschnaja aus dem 38. Abwehrraketenregiment, das in Tschernomorskoje in der Oblast Odessa stationiert ist. Das Kommando des Regiments versuchte, die wahre Ursache ihres Todes zu verheimlichen, aber 120 Soldaten, die an diesem Tag zusammen mit ihr geimpft worden waren, teilten den Vorfall einer breiten Öffentlichkeit mit.

Ihre Kameraden sind überzeugt, dass der Regimentskommandeur und das oberste Kommando der ukrainischen Streitkräfte nicht an einer Veröffentlichung der wahren Ursache des Todes von Naroschnaja interessiert sind und in keiner Weise die schnelle Verschlechterung ihrer Gesundheit mit dem Einsatz des indischen Präparats in Zusammenhang bringen, um den ohnehin erfolglosen Prozess der Impfung der ukrainischen Armee nicht zu untergraben.

**In den Einheiten der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik gehen die planmäßigen Übungen zur militärischen Ausbildung weiter.** Das Niveau der professionellen Ausbildung der Soldaten erlaubt es, erfolgreich jegliche aggressive Handlungen der Kiewer Kämpfer zu unterbinden.

Neben der Vervollkommnung der militärischen Fertigkeiten leisten die Soldaten der

Volksmiliz weiter den Einwohnern der frontnahen Territorien Hilfe. In der letzten Woche organisierten sie zusammen mit der humanitären Gruppe „Angel“ sowie Mitarbeitern der Ortsverwaltung einen Ausgabepunkt für humanitäre Hilfe für die Einwohner der Ortschaften Jelenowka und Signalnoje, in deren Rahmen Lebensmittelpakete an Familien, die unter der ukrainischen Aggression gelitten haben, ausgegeben wurden.

### snanews.de: „Ein Impfstoff mit besten Aussichten auf Erfolg“ – tschechische Regierung über „Sputnik V“

Außer einem ewigen Lockdown ist Impfen die einzige Möglichkeit, das Coronavirus zu stoppen. Deutschlands Nachbarland Tschechien ist laut einem ranghohen Regierungsmitglied daran interessiert, dafür auch „Sputnik V“ einzusetzen, zählt doch der russische Impfstoff zu den Präparaten mit den besten Erfolgsaussichten im Kampf gegen die Seuche.

Nur das Impfen könne eine Lösung für die bestehenden Probleme sein und die schlimme epidemiologische Lage wieder in Lot bringen, sagte Tschechiens ehemaliger Gesundheitsminister und heutiger Berater des tschechischen Präsidenten in Gesundheitsfragen, Roman Prymula, im SNA-Gespräch. „Der russische Impfstoff ‚Sputnik V‘ zählt zu den Präparaten mit den besten Erfolgsaussichten im Kampf gegen Covid-19“, so der Regierungsbeamte.

Es geht laut dem Präsidentenberater vor allem um zwei Dinge: den unnötigen Todesfällen ein Ende zu setzen und das Gesundheitssystem zu entlasten. Dazu könne auch „Sputnik V“ beitragen. „Tschechien kann auf zwei Wegen an den russischen Impfstoff gelangen. Entweder die Europäische Arzneimittelbehörde genehmigt den Impfstoff oder das tschechische Gesundheitsministerium trifft eine Ausnahmeregelung dafür“, sagte Prymula.

„Jedenfalls besteht in der Tschechischen Republik nicht nur die Möglichkeit, sondern auch das Interesse an der Produktion des russischen Vakzins.“

Bezogen auf derzeitige Implikationen im Zusammenhang mit dem Impfstoff des britisch-schwedischen Pharmakonzerns AstraZeneca merkte der tschechische Regierungsbeamte an, dieses Serum sei von der Europäischen Arzneimittelbehörde genehmigt worden, obwohl für die Patienten höherer Altersgruppen keine hinreichenden Daten vorgelegen hätten. Erst nachträglich sei der britisch-schwedische Impfstoff überarbeitet und verbessert worden. Das russische Anti-Corona-Serum „Sputnik V“ ist inzwischen in über 50 Ländern mit einer Gesamtbevölkerungszahl von 1,4 Milliarden Menschen zugelassen worden. Entwickelt vom russischen Gamaleja-Institut, wurde „Sputnik V“ bereits im August als weltweit erster Corona-Impfstoff registriert. Nach Informationen der renommierten Fachzeitschrift „The Lancet“ wies das Präparat in der dritten Testphase eine Wirksamkeit von 91,6 Prozent auf. Laut Alexander Ginsburg, dem Leiter des Gamaleja-Instituts, bietet der russische Impfstoff einen hundertprozentigen Schutz vor einem schweren und mittelschweren Krankheitsverlauf. Der tschechische Gesundheitsberater Prymula, einer der führenden Epidemiologen seines Landes, sagte im SNA-Gespräch, dass Corona-Impfstoffe mit dem Auftauchen neuer Corona-Mutationen eine fortlaufende Modifikation benötigen könnten. „Eine Impfung verhindert aber einen schweren Krankheitsverlauf mit Todesfolge“, betont der Regierungsexperte. Dabei könne es durchaus erforderlich sein, die Impfung alljährlich zu erneuern, um die Immunantwort zu erhalten – „so wie man es bei Grippe auch macht“.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/1a/1456897\\_0:286:3000:1974\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_d05b8faee8e2b15faf44378d91fafd6a.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/1a/1456897_0:286:3000:1974_1440x0_80_0_0_d05b8faee8e2b15faf44378d91fafd6a.jpg)

#### snanews.de: **EU strebt digitale Unabhängigkeit von China und den USA an**

Die EU-Staaten wollen digitale Unabhängigkeit von China, den USA und anderen Staaten, doch keine Abschottung. Es müsse eine Balance zwischen digitaler Souveränität und offenen Märkten gefunden werden, sagte EU-Ratschef Charles Michel am Donnerstagabend nach dem EU-Videogipfel.

Wie die Deutsche Presse-Agentur aus der Abschlusserklärung zitiert, sei der Digital-Kompass der EU-Kommission mit konkreten Zielen bis 2030 ein Schritt in diese Richtung. Demnach soll in zehn Jahren unter anderem jeder in der EU Behördengänge online erledigen können und Zugriff auf eine eigene elektronische Patientenakte haben.

Kanzlerin Angela Merkel und ihre Kollegen forderten zudem, dass Daten und digitale Technologien besser zum Vorteil von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt genutzt werden sollten. Auch müsse die Arbeit an gemeinsamen Datenräumen vorangetrieben werden, heißt es. Die EU-Kommission solle schleunigst die noch ausstehenden Maßnahmen aus ihrer Datenstrategie von 2020 präsentieren. Damals hatte die Behörde unter anderem angekündigt, dass für Bereiche wie das Gesundheitssystem oder den Klimaschutz eigene Datenräume geschaffen werden sollen, in denen Daten gespeichert und ohne Hindernisse ausgetauscht werden können.

#### mil-lnr.su: **Pressekonferenz des Leiters der Volksmiliz der LVR Oberst Ja. W. Leschtschenko über die Lage an der Kontaktlinie vom 20. bis 26. März 2021.**

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie sowie über die Ergebnisse der Tätigkeit der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

Nach Angaben von Beobachtern der Vertreter der LVR Im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden zwei Verletzungen der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 92. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Fedossenko das Gebiet von **Solotoje-5** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen und 34 Granaten abgefeuert.

Infolge der Beschüießungen der ukrainischen Kämpfer haben unsere Beobachter folgende Schäden festgestellt: Fensterverglasung der Mittelschule Nr. 4 in der Wojkow-Straße 3, Fensterverglasung von zwei Häusern in der Wojkow-Straße 2/26 und der Swedlow-Straße 8a, eine Sommerküche eines privaten Hauses in der Potschtowaja-Straße 51, in der Turgenjew-Straße 5 wurde der Zaun eines Wohnhauses beschädigt. ...

Insgesamt haben die BFU **in der letzten Woche fünfmal das Regime der Feueereinstellung**

**in Richtung Debalzewo verletzt**, wobei die Ortschaften **Losowoje, Nishneje Losowoje und Solotoje-5** beschossen wurden. ...

In der letzten Woche hat unsere Aufklärung die Stationierung von 16 Stück Technik in Wohngebieten von acht Ortschaften festgestellt. ....

Außerdem hat die OSZE-Mission seit dem 1. März dieses Jahres an der Eisenbahnstation Rubeshnoje acht 100mm-Antipanzergeschütze „Rapira“, 8 152mm-Haubitzen „Msta-C“, vier 85mm-Haubitzen D-33, drei 130mm-Antipanzerkomplexe „Strum-C“, 19 122mm-Haubitzen „Gwosdika“ und ein Abwehrgeschütz „Tunguska“ bemerkt. ...

Die nicht kampfbedingten Verluste in der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ betragen in der letzten Woche neun Mann, davon sechs Tote. ...

### de.rt.com: **Biden: Trotz harter Konkurrenz und Problemen im Südchinesischen Meer keine Konfrontation mit China**

US-Präsident Joe Biden hat versprochen, gegenüber China weniger konfrontativ zu sein als sein Vorgänger Donald Trump. Gleichzeitig skizzierte er unverändert heikle außenpolitische Probleme mit Peking und bezeichnete das Land als eine Autokratie.

"Wir werden China zur Rechenschaft ziehen, damit es sich an die Regeln hält", betonte US-Präsident Joe Biden während einer Pressekonferenz am Donnerstag. Er betonte, dass er und der chinesische Präsident Xi Jinping trotz unterschiedlicher Regierungsstile auf der gleichen Wellenlänge seien. Der US-Präsident erklärte:

"Ob es um das Südchinesische Meer oder das Nordchinesische Meer geht oder um das Abkommen über Taiwan oder eine ganze Reihe anderer Dinge. Das, was ich am Umgang mit Xi bewundere, ist, dass er es versteht."

Biden schwärmte poetisch über die Parallelen zwischen ihm und seinem chinesischen Amtskollegen und erklärte, dass "sich kein Staatsoberhaupt in seiner Position halten kann, wenn er nicht die Werte des Landes vertritt. Ich habe Ihnen bereits gesagt, dass die US-Amerikaner den Begriff der Freiheit schätzen. Amerika schätzt die Menschenrechte." Er fügte hinzu:

"Wir werden nicht immer den Erwartungen gerecht, aber es ist ein Wertesystem und wir sind auf diesem Prinzip gegründet."

Biden erklärte, dass Washington sich darauf freue, die Beziehung zwischen den USA und China wieder zu verbessern und hob hervor:

"Wir suchen keine Konfrontation, obwohl wir wissen, dass es einen harten, harten Wettbewerb geben wird."

Der US-Präsident räumte ein, dass China "das übergeordnete Ziel hat, die führende Nation der Welt, das wohlhabendste und mächtigste Land der Welt zu werden". Gleichzeitig entgegnete Biden der Möglichkeit, dass dies jemals eintreten könnte. Biden versicherte:

"Das wird unter meiner Aufsicht nicht passieren, denn die Vereinigten Staaten werden weiterwachsen und expandieren."

Er erklärte jedoch nicht, in welchem Bereich die USA "expandieren" könnten, auch wenn Washington kürzlich seine militärischen Muskeln im Südchinesischen Meer spielen ließ und mit Taiwan zusammenarbeitet, um Pekings Seemacht einzuschränken.

Das erste Treffen der Biden-Regierung mit Vertretern Pekings, an dem weder Xi noch Biden persönlich teilnahmen, wurde als eine Art Reinfluss wahrgenommen. US-Außenminister Antony Blinken kritisierte die Behandlung der muslimischen Bevölkerung in Xinjiang. Peking wies die Kommentare als "absolut lächerlich und den Tatsachen widersprechend" zurück. Man erinnerte an die Vorgehensweise gegenüber Muslimen in den von den USA überfallenen Ländern des Nahen Ostens.

China kritisierte die USA auch für Washingtons wiederholte Einmischung in Hongkong, wo es in den Monaten vor COVID-19 zu einem von den USA unterstützten Aufstand gekommen war.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605da7a648fbef7ae62e7201.JPG>

**mil-lnr.su: Operative Information des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR**

Die ukrainischen Kämpfer, die ihre Straflosigkeit spüren, setzen den Terror gegen die Zivilbevölkerung fort und verletzen grob das Regime der Feuereinstellung.

So haben Kämpfer des 1. Bataillons der 92. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Fedossenko mit Schusswaffen und Granatwerfern das Feuer in Richtung **Solotoje-5** zu einem Zeitpunkt eröffnet, als Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK die Folgen der Beschießungen und die Schäden an fünf Objekten der zivilen Infrastruktur in Solotoje-5 erfassten und zusammen mit Vertretern der Staatsanwaltschaft die Ergebnisse der Kriegsverbrechen dokumentierten. Zum Glück wurde keiner der Beobachter des GZKK und der friedlichen Einwohner verletzt.

Die ukrainischen Kämpfer, die seit vielen Jahren einen Krieg gegen die Zivilbevölkerung des Donbass führen, wissen sehr gut, dass nach Beschuss Vertreter der LVR im GZKK, der Staatsanwaltschaft und der OSZE in das Gebiet kommen, um diese zu erfassen und eine Ermittlung durchzuführen.

Es ist bemerkenswert, dass die Strafsoldaten einen Feuerangriff auf die Vertreter der LVR im GZKK direkt nach der Abfahrt der Patrouille der OSZE-Mission unternahmen. Dieser Sachverhalt verweist ein weiteres Mal darauf, dass die ukrainischen Kämpfer alle Bewegungen der OSZE-Mission verfolgen, um ihre verbrecherischen Taten zu verheimlichen. Wir rufen die internationalen Beobachter auf, die äußerst grobe Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu erfassen und von der ukrainischen Seite zu fordern, eine genaue Ermittlung zum Fall von Behinderung der Vertreter der LVR im GZKK bei der Ausführung ihrer Verpflichtungen durchzuführen und das Kommando der 92. Brigade zur Verantwortung zu ziehen.

**deu.belta.by: Lukaschenko: Polizei verhindert geplanten Anschlag in Minsk**

In Minsk hat die Polizei am 25. März einen geplanten Terroranschlag verhindert. Darüber berichtete Präsident Alexander Lukaschenko beim Treffen mit Ex-Botschafter der Russischen Föderation in Belarus Dmitri Mesenzew.

Der Staatschef sprach über die Details des vereitelten Anschlags.

Die Opposition habe sich wie immer auf das Feiern des traditionellen „Tages des Willens“ vorbereitet. Dieses Mal habe sie eine besondere Stimmung gehabt und geplant, die Situation zu destabilisieren. Aus dem Oppositionslager seien seit langem Stimmen zu vernehmen, dass nicht genug Menschen bei den Straßenprotesten zu sehen seien. Die geflüchteten

Oppositionsführer hätten sich selbst in Litauen, Polen und der Ukraine niedergelassen und nun fehle es ihnen an Finanzierung der Proteste. Der Westen habe ihnen wohl die versprochenen \$53 Mio. nicht zukommen lassen. Es bleibe der Opposition nichts anderes übrig, als ihre Landsleute zu mehr Protestaktionen aufzurufen. Der Staat kontrolliere aber alles und unterbinde jeden Versuch einer Verbrechenstat.

„Am Vorabend des ‚Tages des Willens‘ gab es Informationen, dass die Behörden an diesem Tag eine Provokation organisieren würden, zum Beispiel eine Explosion. Wir sind auch nicht von gestern und wissen, was solche Aussagen anrichten können und von wem sie stammen. Deshalb hielten wir die Augen offen.

Der Schurke wurde entdeckt, als er den Sprengstoff in einem Müllcontainer versteckte. Bei einer möglichen Explosion könnten viele Menschen mit Metall- und Betonteilen verletzt werden. Die Polizei entschärfte den Sprengsatz bevor er explodierte. Der Täter wollte den zweiten Sprengsatz in einer Militäreinheit lassen. Er wurde aber dort festgenommen und an das Komitee für Staatssicherheit übergeben.“

Ein Terroranschlag hätte unschuldige Opfer fordern können, und die Opposition hätte gesagt, die Behörden seien daran schuld gewesen.

Auf die Frage, warum er den Sprengstoff in den Müllcontainer legte, sagte der Gefangene, er habe auf diese Weise die Sicherheitskräfte bestrafen wollen.

„Ich habe früher oft gesagt, dass Belarus von vielen Seiten angegriffen wird. Wir wissen, wer das tut. Wir passen sehr gut darauf, dass bei solchen Angriffen die Rote Linie nicht überschritten wird. Belarus wird in diesem Sinne nicht lockerlassen, weil es sonst noch schlimmer kommen kann“, resümierte Alexander Lukaschenko.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2021/000019\\_1616770570\\_56630\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1616770570_56630_big.jpg)

**abends:**

snanews.de: **Medien: Abgeordnete von „russischen Hackern“ angegriffen**

Die Rechner von mindestens sieben Bundestags- und 31 Landtagsabgeordneten sind nach Angaben des Magazins „Spiegel“ gehackt worden. Hinter der Attacke stehe aus Sicht der Sicherheitsbehörden der russische Geheimdienst, heißt es im Bericht.

Der Angriff soll von der Gruppe „Ghostwriter“ organisiert worden sein, die angeblich Phishing-E-Mails an die privaten Mailadressen der Politiker sandte, um ihre gesamten Accounts zu kapern. Ob Daten in die Hände der Einbrecher gelangt seien, sei zurzeit noch unklar. Die betroffenen Politiker gehören mehrheitlich laut dem Bericht den Parteien CDU/CSU und SPD an.

Außerdem soll es eine Cyberattacke auf politische Aktivisten in Hamburg und Bremen gegeben haben.

Die Sicherheitsbehörden glauben demnach, dass vermutlich „russische Hacker“ am Werk gewesen seien. Dabei machten sie keine Angaben dazu, auf welcher Basis sie hinter der Attacke russische Hacker vermuten.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) weigerte sich, einen Kommentar abzugeben. „Das Bundesamt für Verfassungsschutz äußert sich zu diesem Thema nicht“, hieß es bei dem Amt.

Der Westen hat Moskau wiederholt beschuldigt, sich in innere Angelegenheiten einzumischen und Cyber-Angriffe zu organisieren. Russland bestritt alle Vorwürfe mit der Begründung, die westlichen Länder hätten keinerlei Beweise vorgelegt. Moskau hat auch wiederholt erklärt, dass es zu einem Dialog über Cybersicherheit bereit sei.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/01/10/548463\\_0:67:1280:787\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_2c296779dd30c002f84d1ce56f58f981.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/01/10/548463_0:67:1280:787_1440x0_80_0_0_2c296779dd30c002f84d1ce56f58f981.jpg)